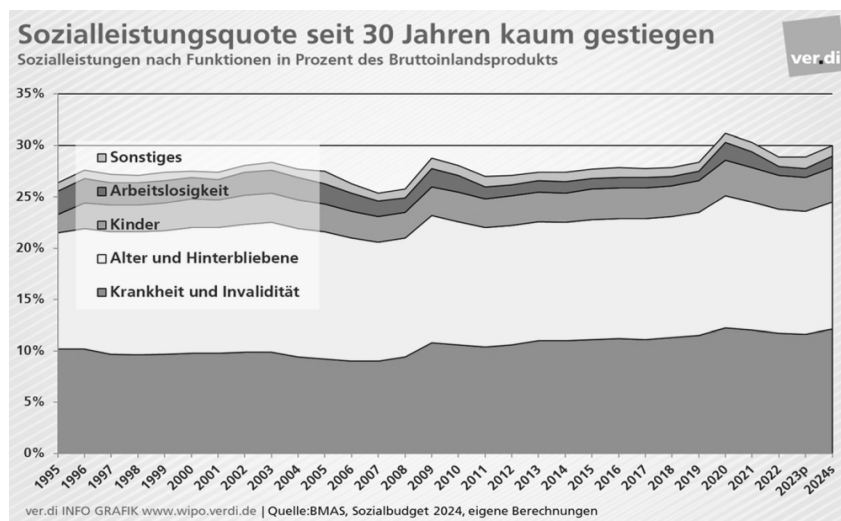


Behauptungen, Pläne und Realität

Kanzler Merz behauptet, der Sozialstaat sei „nicht mehr finanzierbar“ und er wolle sich auch nicht „durch Worte wie Sozialabbau, Kahlschlag und was da alles kommt, irritieren lassen“. Geplant ist ein Generalangriff auf den Sozialstaat. Ab 2026 soll Hartz IV wieder Grundsicherung heißen und das Bürgergeld ersetzten und laut Merz fünf Milliarden Euro - rund 10 Prozent der bisherigen Ausgaben - einsparen und dies trotz steigender Arbeitslosigkeit. Auch Kürzungen u.a. beim Wohngeld, beim Kinderzuschlag und bei Leistungen der Sozialversicherungen wie z.B. der Abschaffung des Pflegegrads 1 der Pflegeversicherung und die Umstellung der Krankenversicherung auf eine „Basisversorgung“ werden gefordert.

Dabei wird über den Sozialstaat ein völlig unzutreffendes Bild gezeichnet. Denn:

Die Sozialleistungsquote ist in den letzten 30 Jahren kaum gestiegen. Die angebliche Explosion der Kosten des so genannten Bürgergeldes ist eine glatte Lüge. Die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Grundsicherung für Arbeitssuchende (Bürgergeld) sind, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), in den letzten 20 Jahren von 2,8 Prozent auf 1,7 Prozent gesunken. Die Ausgaben für die Renten bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in den letzten 30 Jahren.



Hetze gegen armutsbetroffene Bürger*innen

Die Hetze gegen Armutsbetroffene ist nicht neu, hat sich aber erheblich verschärft. Es wird behauptet, dass Menschen „zu wenig“ arbeiten würden und Erwerbslose und aufstockenden Arbeitnehmer*innen mehr hätten als Vollzeitarbeitende. Dies trifft nicht zu. Zudem wird ausgeblendet, dass zu den Sozialleistungsbeziehenden eine schnell ansteigende Zahl von Rentner*innen gehört. Durch eine menschenfeindliche Sprache und übelste Hetze besonders gegen Leistungsberechtigte der Grundsicherung soll der Boden für den geplanten massiven Sozialabbau bereitet werden. Diese werden als „Stütze-Faulenzer“ und Schmarotzer diffamiert, die es sich auf Kosten der hart arbeitenden Bevölkerung in der sozialen Hängematte bequem machen. Sie seien dafür verantwortlich, dass der Sozialstaat „quasi insolvent“ sei, wie BDA-Chef Kampeter Herrn Merz beipflichtet. CSU-Generalsekretär Huber spricht beim Bürgergeld gar von „einem Schlag ins Gesicht für die fleißigen Arbeitnehmer.“

Angriff auf das Existenzminimum

Mit der für 2026 vorgesehenen weiteren Nullrunde bei der Regelleistung, einer faktischen Kürzung für Betroffene, ist bereits ein Sozialleistungsabbau erfolgt. Statt dringend notwendiger Qualifizierung soll der

Vermittlungsvorrang in schlechtbezahlte Tätigkeiten wieder eingeführt werden. Kürzungen sind zudem bei der Karenzzeit der Kosten der Unterkunft und beim Schonvermögen geplant. Auch eine Pauschalisierung der Wohnkosten ist angedacht. Dabei liegen die als „angemessen“ genehmigten Wohnkosten oft unter dem tatsächlichen Bedarf. So haben 2024 ca. 334.000 Bedarfsgemeinschaften durchschnittlich 116 Euro im Monat aus dem ohnehin viel zu niedrigen Regelsatz bezahlen müssen. Zudem drohen verschärfte Sanktionen bei Regelverstößen bis hin zum verfassungswidrigen Entzug aller Leistungen.

Einkommensarmut wächst in beängstigender Weise

Immer größere Teile der Bevölkerung sind nicht (mehr) in der Lage, mit ihrem Geld über den Monat zu kommen. Die Preise insbesondere für Nahrungsmittel steigen und Energiekosten sind weiter hoch. Laut Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes leben in Deutschland 13 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Rentner*innen betrifft dies zu 19,6 Prozent, Alleinerziehende sogar zu 27 Prozent. Laut statistischem Bundesamt lebten 2024 32,2 Prozent der Bevölkerung in Haushalten, die nicht in der Lage waren unerwartet anfallende Ausgaben zu bestreiten. Wohnungsnot und Mietkosten, deren Anteil am Einkommen stark wächst, prägen den Alltag von immer mehr Menschen.

Weiterer Sozialstaatsabbau droht

Statt der steigenden Armut entgegenzuwirken, hat die Regierung es auf weitere Kernbestandteile des Sozialstaats abgesehen, wie die Erhöhung des Renteneintrittsalters, Kürzung der Renten, Abschaffung des Achtstundentags und gesetzlicher Feiertage sowie die Ausweitung des Niedriglohnsektors und Senkung des allgemeinen Lohnniveaus. Um die Zerschlagung des Sozialstaats voranzutreiben, will sie Menschen mit wenig Geld gegeneinander ausspielen und plant eine weitere Umverteilung von unten nach oben.

Das machen wir nicht mit. Wir sagen NEIN. Solidarität statt Spaltung.

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Denn in diesem Land, in dem für Rüstung und Militär scheinbar endlose Summen vorhanden sind und großzügig Steuergeschenke verteilt werden, ist Geld genug für eine armutsfeste Daseinsvorsorge da. Dafür fehlt jedoch der politische Wille. Eine alternde Gesellschaft, wachsende Alters- und Kinderarmut sowie der zunehmende Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen erfordern nicht weniger, sondern mehr Sozialstaat.

Sozialstaat sichern und finanzieren, starke Schultern und Vermögende heranziehen

Die Linnemanns, Merzen und Co. wollen nur nicht an die Einnahmenseite heran. Dies kann mit einer Vermögensabgabe, einer gerechteren Erbschaftssteuer sowie der Schließung von Steuerschlupflöchern für Überreiche und Vermögende umgesetzt werden. Dazu gehört auch eine konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung (Stichwort CumEx), eine höhere Besteuerung von sehr hohen Einkommen und eine Vermögenssteuer für vielfache Millionäre.

Wir fordern:

- Für alle Menschen **armutsfeste** Löhne, Renten und Existenzsicherungsleistungen
- Mehr Qualifizierungen und Weiterbildungen
- Einfacher und analoger Zugang zum Jobcenter und anderen Behörden
- Keine Kürzungen bei Gesundheitsversorgung und Pflege
- Bezahlbaren Wohnraum
- Sozialstaat ausbauen statt Rüstung und Militarisierung
- Gesellschaftlichen Reichtum umverteilen, Vermögenssteuer wieder einsetzen, Erbschaftssteuer reformieren

Weitere Infos und Termine auf: Homepage

Weitere Treffen / Wir treffen uns ... Kommt vorbei!

Logo

V.i.S.d.P.

**Dafür gehen wir auf die Straße. Macht mit. Solidarisiert Euch gegen
Kahlschlagpolitik und für eine Sicherung des Sozialstaats.**

*Weitere Infos und Termine auf: Homepage
Weitere Treffen / Wir treffen uns ... Kommt vorbei!
Logo
V.i.S.d.P.*